

- 1 **Antrag-Nummer:** 4
- 2 **Antragsteller:** Jörg Reismann, Philipp Gräfe, Diego Pala, Julian Mycer
- 3 **Unterstützer:**
- 4 **Betreff:** **Tatsachen statt Phrasen dreschen - für eine stabile Nahost-Politik der SPD**
- 5 **Adressat:** **Unterbezirksparteitag, Bundesparteitag, SPD-Fraktion im Deutschen**
- 6 **Bundestag, SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament,**
- 7 **Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress**

8

9 **Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:**

10 Mit dem Ziel, dass die Bundesrepublik Deutschland und die SPD als stärkste Partei im Deutschen

11 Bundestag sich konstruktiv für die **nachhaltige Befriedung des Israel-Palästina-Konflikts** einsetzen,

12

13

- 14 - fordern wir die SPD und ihre Abgeordneten im Deutschen Bundestag und im Europäischen
- 15 Parlament auf, sich deutlich zum **Völkerrecht**, insbesondere zur Charta der Vereinten Nationen
- 16 und zum **Statut des Internationalen Strafgerichtshofs**, zu bekennen. Damit einher muss auch ein
- 17 eindeutiges Bekenntnis gehen, die Urteile, Strafmaßnahmen und Haftbefehle des Internationalen
- 18 Gerichtshofs (IGH) und des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) vorbehaltlos umzusetzen,
- 19 selbst wenn sich diese gegen verbündete Staaten und deren Regierungsmitglieder richten
- 20 sollten.
- 21
- 22 - fordern wir die Bundesregierung auf, aktiv auf die **Umsetzung der UN-Resolutionen** in Bezug auf
- 23 den Nahost-Konflikt hinzuwirken (v.a. Resolution 194 zum Rückkehrrecht der palästinensischen
- 24 Flüchtlinge, Resolution 1397 zur 2-Staaten-Lösung, Resolution 2334 zur Illegalität der israelischen
- 25 Siedlungen, Resolution 2735 zur Waffenruhe im Gazastreifen).
- 26
- 27 - fordern wir von der Bundesregierung, sich aktiv und vehement und in Abstimmung mit den
- 28 Europäischen Partnern, den USA und weiteren Verbündeten sowie den arabischen Staaten und
- 29 der israelischen Zivilgesellschaft für die **nachhaltige Schaffung eines souveränen**
- 30 **palästinensischen Staates** einzusetzen. Dieser kann nur schrittweise aus der palästinensischen
- 31 Autonomiebehörde heraus entwickelt werden und kann keine Beteiligung der Hamas oder
- 32 anderer islamistischer und antisemitischer Terrororganisationen bedeuten. Deutschland soll sich
- 33 dafür einsetzen, dass möglichst zügig mit der Übertragung derjenigen Kompetenzen über das
- 34 Westjordanland, die einen Staat ausmachen, an die Autonomiebehörde begonnen wird, darunter
- 35 insbesondere die Souveränität über das Steuerwesen, die Justiz, die Staatsangehörigkeit und die
- 36 Infrastruktur. Sicherheitsaufgaben sollen dabei zunächst in internationale Verantwortung
- 37 übergehen, bis ein palästinensischer Staat notwendige Strukturen geschaffen hat. Deutschland
- 38 soll den Aufbau staatlicher Strukturen und die Ausbildung entsprechender Kräfte aktiv
- 39 unterstützen.
- 40
- 41 - fordern wir, dass ein solcher palästinensischer Staat niemals eine **Sicherheitsbedrohung für die**
- 42 **Existenz des israelischen Staates und seiner Bevölkerung** sein darf. Dazu soll die polizeiliche und
- 43 vor allem die militärische Kontrolle zuerst in internationale Hand gegeben werden. Langfristig
- 44 soll dann eine Übertragung an den palästinensischen Staat erfolgen, wenn sicherzustellen ist,
- 45 dass keine islamistischen und antisemitischen Akteure an polizeiliche oder militärische Macht
- 46 kommen. Ein palästinensischer Staat muss Bedrohungen für den israelischen Staat, z.B.
- 47 islamistische Organisationen, die das Existenzrechts Israels leugnen, aufspüren und aktiv

48 bekämpfen. Liegen berechtigte Zweifel vor, dass der palästinensische Staat dies nicht tut, soll die  
49 internationale Staatengemeinschaft, namentlich die UN, eingreifen.

50

51 - fordern wir, dass der Fortschritt bei der Umsetzung völkerrechtlicher Verpflichtungen und zur  
52 Zwei-Staaten-Lösung eng von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag begleitet und  
53 überwacht wird. Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, diejenigen Akte und Akteure klar  
54 zu benennen und zu verurteilen, die den Bestimmungen des Völkerrechts, dem  
55 Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser\*innen und der Völkerverständigung zuwiderhandeln.  
56 Im Benehmen mit den internationalen Partnern muss die Bundesregierung bereit sein,  
57 nötigenfalls **Maßnahmen gegen Einzelpersonen und Organisationen, inkl. Regierungsparteien**  
58 **und -mitglieder**, zu ergreifen, die sich gegen das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen  
59 Volkes einsetzen und/oder die für Kriegsverbrechen und Hassverbrechen verantwortlich sind  
60 (z.B. gewalttätige Siedler). Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich für den Rückbau illegaler  
61 Siedlungen einzusetzen. Kollektive Sanktionen gegen den israelischen Staat wie  
62 Wirtschaftssanktionen oder Waffenexportverbote sollten das das letzte Mittel sein, doch darf die  
63 Bundesregierung nicht vor diesen zurückschrecken, sollte systematisch eine Lösung des Konflikts  
64 durch staatliche Organe hintertrieben werden. **Maßnahmen des internationalen Rechts** gegen  
65 Einzelpersonen oder Staaten bei Kriegsverbrechen, Hassverbrechen und Weigerung  
66 internationales Recht umzusetzen, sollen geprüft und von der deutschen Regierung in die Wege  
67 geleitet werden.

68

69 Begründung:

70

71 Der 7. Oktober 2023 wird als das „9/11 Israels“ in die Geschichte eingehen<sup>1</sup>. Durch den brutalen  
72 Terrorangriff der Hamas wurden auf israelischer Seite über 1200 Menschen ermordet, mehr als 5400  
73 verletzt und 240 Personen nach Gaza entführt. Es handelt sich um den größten Massenmord an  
74 Juden seit dem Holocaust<sup>2</sup>. Die internationale Anteilnahme und Solidarität war groß.

75

76 Doch schnell machten sich auch Sorgen vor Israels Reaktion breit. So schrieb der  
77 Politikwissenschaftler Cornelius Adebahr von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik  
78 bereits am 9. Oktober im Handelsblatt, dass die USA nach 9/11 durch „Selbstüberschätzung,  
79 Alleingänge und die Missachtung des Völkerrechts“ viel Vertrauen, Ansehen und Macht verspielt  
80 haben und dass Israel dies besser machen solle<sup>3</sup>. Auch US-Präsident Biden warnt noch im Oktober  
81 Ministerpräsident Netanjahu vor **Wiederholung von Fehlern der USA nach 9/11**<sup>4</sup>. Auch die deutsche  
82 Politik, auch die SPD und vor allem die deutsche Regierung hätte in diesem Moment eine solidarisch-  
83 mahnende Stimme gegenüber Israel sein können und sein müssen. Doch Olaf Scholz spricht am 26.  
84 Oktober über Israel von einem „demokratischen Staat mit sehr humanitären Prinzipien“, man könne  
85 sich sicher sein, dass die israelische Armee, die Regeln aus dem Völkerrecht beachten werde. Daran  
86 habe er keine Zweifel<sup>5</sup>. Am 11. Oktober zitiert Markus Lanz den israelischen Verteidigungsminister  
87 Yoav Gallant bezüglich einer Blockade des Gaza-Streifens: „Wir blockieren das, da gibt es kein  
88 Strom, da gibt es kein Wasser, wir hungern euch aus“ – Androhung eines Kriegsverbrechens. SPD-  
89 Außenpolitiker Michael Roth sagt daraufhin, dass jetzt nicht die Zeit für mahnende Worte an die

---

<sup>1</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/israel-hamas-angriff-terror-einheit-protest-100.html>

<sup>2</sup> <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/547184/sechs-monate-nach-dem-angriff-der-hamas-auf-israel-chronologie-des-kriegsgeschehens/>

<sup>3</sup> <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-was-israel-aus-den-anschlaegen-in-den-usa-von-2001-lernen-kann/29435378.html>

<sup>4</sup> <https://www.tagesspiegel.de/lassen-sie-sich-nicht-von-wut-verzehren-biden-warnt-israel-vor-wiederholung-von-fehlern-der-usa-nach-911-10649020.html>

<sup>5</sup> <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2024/Todeszone-Gaza-Waffen-aus-Deutschland-gaza566.html>

90 Israelis sei. Dass die Zerstörung der Hamas im dicht besiedelten Gaza nicht mit schönen Bildern  
91 verbunden und schrecklich sein wird, ist ihm bewusst, müsse man aber hinnehmen<sup>6</sup>.

92  
93 Israels Reaktion in den folgenden Tagen, Wochen und Monaten bestätigte diese Befürchtungen.  
94 Zu nennen sei die **unfassbar hohe Zahl an Verletzten und Toten**. Nach Angaben des palästinensischen  
95 Gesundheitsministeriums, welches zwar von der Hamas kontrolliert wird, dessen Zahlen aber als  
96 glaubwürdig eingestuft werden<sup>7</sup>, sind seit dem 07. Oktober 2023 ca. 38.000 Palästinenser getötet und  
97 ca. 87.000 Palästinenser verletzt worden (Stand 14.07.2024)<sup>8</sup>. Zu den Getöteten und Verletzten  
98 werden auch Hamas-Kämpfer gezählt, allerdings sollen bisher mehr als die Hälfte aller Toten Frauen  
99 und Kinder seien<sup>9</sup>. Nach Panorama-Angaben sind dies gemessen an der Zahl der Angriffe auf Gaza  
100 und an der dort lebenden Gesamtbevölkerung, deutlich mehr getötete Unbeteiligte als bei jedem  
101 Feldzug einer westlichen Armee in den vergangenen drei Jahrzehnten<sup>10</sup>.

102 Von Anfang an werden Israel **Kriegsverbrechen** vorgeworfen: ungeleitete Geschosse in dicht  
103 besiedelte Gebiete, Sprengung ziviler Einrichtungen wie Universitäten ohne militärischen Nutzen,  
104 gezielte Tötung von Zivilisten, gezielte Tötung von Mitarbeitenden von Hilfsorganisationen, Tötungen  
105 von Journalisten, Misshandlung von Gefangenen<sup>11</sup>. Am 20.05.2024 hat der Chefankläger des  
106 Internationalen Strafgerichtshof Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsident Benjamin  
107 Netanjahu und den Verteidigungsminister Gallant wegen **Verbrechen gegen die Menschlichkeit** und  
108 Kriegsverbrechen beantragt<sup>12</sup>. Vor dem Internationalen Gerichtshof läuft ein Verfahren wegen  
109 möglichen Völkermordes Israels an der palästinensischen Bevölkerung, Ende Mai verfügt der IGH ein  
110 Stopp des Militäreinsatzes in Rafah<sup>13</sup>. Bereits im Februar hatte ein niederländisches Gericht  
111 Waffenexporte an Israel verboten, da eine Mitverantwortung für etwaige Völkerrechtsverstöße in  
112 Gaza drohe<sup>14</sup>.

113  
114 Der Gazastreifen gleicht inzwischen einem unbewohnbaren und unregierbaren Trümmerhaufen,  
115 indem sich zwei Millionen Menschen irgendwie am Leben halten. Die Kämpfe gegen die Hamas  
116 gehen weiter und aus eigentlich längst erobertem Gebiet werden wieder Raketen der Hamas auf  
117 Israel geschossen. Benjamin Netanjahu ist mit seinen Kriegszielen die Hamas zu zerstören und die  
118 Geiseln zu befreien, krachend gescheitert. Die Fortführung des Krieges bringt keine weitere  
119 Verbesserung aber auch eine Waffenruhe lehnte Israel bisher ab. Des Weiteren weigert sich die  
120 israelische Regierung einen **Plan für den „day after“** – die Zeit nach dem Ende des israelischen  
121 Militäreinsatzes in Gaza – vorzulegen. Teile der Israelischen Regierung fordern eine  
122 Wiederbesiedlung des Gazastreifens durch israelische Siedler, Netanjahu lehnt diesen Plan offiziell  
123 ab<sup>15</sup>. Genauso lehnt er und seine gesamte Regierung die Zwei-Staaten-Lösung und ein Stopp der  
124 Siedlungspolitik im Westjordanland ab, die für eine langfristige friedliche Koexistenz unabdingbar  
125 sind<sup>16</sup>.

---

<sup>6</sup> <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-11-oktober-2023-100.html>

<sup>7</sup> <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/gaza-zahlen-tote-100.html>

<sup>8</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417316/umfrage/opferzahlen-im-terrorkrieg-der-hamas-gegen-israel/>

<sup>9</sup> <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2024/Todeszone-Gaza-Waffen-aus-Deutschland-gaza566.html>

<sup>10</sup> ebd.

<sup>11</sup> ebd.

<sup>12</sup> <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/chefanklaeger-istgh-antrag-haftbefehle-hamas-netanjahu-gallant-kriegsverbrechen/>

<sup>13</sup> <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/igh-gaza-israel-rafah-offensive-idf-militr-bodenoffensive-krieg-palstina/>

<sup>14</sup> <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/den-haag-gericht-niederlande-waffen-krieg-gaza-kriegswaffen-export-ruestungsexport-israel/>

<sup>15</sup> <https://www.israelheute.com/erfahren/israelische-abgeordnete-gruenden-ausschuss-fuer-gazastreifen-besiedlung/>

<sup>16</sup> <https://taz.de/Netanjahu-und-die-Zweistaaatenloesung!/5993144/>

126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160  
161  
162  
163  
164  
165  
166  
167  
168  
169

Benjamin Netanjahu gefährdet mit seinem Kurs die **Sicherheit der israelischen Bevölkerung**. Wie es von so vielen befürchtet wurde, hat er mit seinem Kriegseinsatz jegliches Maß verloren, sich und sein Land **international isoliert** und das Ansehen seines Landes und seiner Verbündeten massiv verschlechtert. Der Gazastreifen liegt in Schutt und Asche, die Hamas ist nicht bekämpft und die Anzahl potentieller Terroristen, die Israel am liebsten vernichten würden, dürfte deutlich höher sein als vor dem Terrorangriff der Hamas. Es ist Zeit unsere **historische Verantwortung** gegenüber der jüdischen Bevölkerung ernst zu nehmen und nicht mit einer Verantwortung gegenüber einer rechtsextremen Regierung zu verwechseln. Einen **langfristigen Frieden** und eine **langfristige Sicherheit** für das jüdische Volk kann es nur mit einer Zwei-Staaten-Lösung und somit mit einem israelischen und einem palästinensischen Staat geben. Eine Ablehnung dieser Zwei-Staaten-Lösung und ein negieren des Existenzrechts eines palästinensischen Staates dürfen wir nicht mehr akzeptieren.

Es darf nicht mehr bei Lippenbekenntnissen bleiben. Die Zwei-Staaten-Lösung, der Stopp der Siedlungspolitik im Westjordanland hört man von der Bundesregierung seit Jahrzehnten aber Konsequenzen, wenn Israel wieder und wieder diese notwendigen Schritte bekämpft, sieht man nicht.

Es war absehbar, dass nach der mörderischen Attacke der Hamas vom 7. Oktober ein Rachefeldzug beginnen würde, der Tod und Zerstörung erzeugt. Diese Risiken sehenden Auges missachtet zu haben wird in das Vermächtnis einer SPD-geführten Regierung eingehen. Spätestens jetzt müssen alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden um eine Zwei-Staaten-Lösung und somit einen dauernden Frieden zu ermöglichen.

Aktuelle Ergänzungen:

1) Am 18.07.2024 hat das israelische Parlament seine Ablehnung gegen einen palästinensischen Staat bekräftigt und eine entsprechende Resolution verabschiedet<sup>17</sup>.

2) Am 19.07.2024 hat der Internationale Gerichtshof (IGH) sein Rechtsgutachten zur israelischen Besatzung der palästinensischen Gebiete vorgestellt. Der IGH stellt in diesem fest, dass die gesamte israelische Besatzung völkerrechtswidrig und demensprechend sofort zu beenden sei. Israel betreibe mit seiner Praxis des Siedlungsbaus eine völkerrechtswidrige Annexion (gewaltsame Landnahme/Landraub) der palästinensischen Gebiete<sup>18</sup>.

Antrag	angenommen	<input type="checkbox"/>
	abgelehnt	<input type="checkbox"/>
	überwiesen an	<input style="width: 300px; height: 20px;" type="text"/>

<sup>17</sup> <https://www.spiegel.de/ausland/israel-gaza-krieg-israels-parlament-verabschiedet-resolution-gegen-palaestinerstaat-a-7d32e3b2-8939-4d16-80ff-c96b381f58ab>

<sup>18</sup> <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/igh-gutachten-israel-annexion-palaestinensische-gebiete-verstoss-gegen-voelkerrecht/>